

Atommüll-Endlagerung

Gorleben-Veteranen vor dem Untersuchungsausschuß

Niedersachsens langjähriger Sozialminister Hermann Schnipkoweit (CDU) hat vor dem Gorleben-Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages die Entscheidung der damaligen Landesregierung für Gorleben als Kandidat einer atomaren Endlagerstätte verteidigt. „Ich habe bis heute noch niemanden kennengelernt, der einen anderen Standort vorschlägt“, sagte er. Und: „Wir haben für Gorleben entschieden, weil wir den Standpunkt hatten, dort sei der beste Salzstock.“ Wissensstand sei gewesen, daß Salz sich am besten als Wirtsgestein für radioaktiven Müll eigne. Das berichtete die Parlamentskorrespondenz des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2011 in ihrem Newsletter hib.

Das niedersächsische Kabinett unter Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatte Ende der 1970er Jahre für Gorleben als möglichen Standort plädiert. Der Gorleben-Untersuchungsausschuß des Bundestages untersucht, ob die Bundesregierung bei ihrer späteren Entscheidung im Jahr 1983 für Gorleben als einzigen zu untersuchenden möglichen Standort für radioaktiven Müll politischen Einfluß auf Wissenschaftler genommen hat und ob es zu Manipulationen gekommen ist.

Schnipkoweit, in dessen Ministerressort die Atomaufsicht Ende der 1970er Jahre fiel, sagte vor dem Ausschuß, für ihn als ehemaligen Bergmann sei es immer wichtig gewesen, einen „unverritzten“ Salzstock vorzuziehen; so heißt untertägiges Gelände, in dem noch kein Bergbau betrieben worden ist. „Eine interessante Geschichte war auch, daß mit einer möglichen Anlage viele Jobs geschaffen worden wären“, sagte er. Gorleben lag in

einem an Infrastruktur armen Zonenrandgebiet. „Das ist auch eine kleine Überlegung dabei gewesen“, sagte Schnipkoweit. Ursprünglich war nicht allein ein Endlager geplant, sondern ein größerer nuklearer Komplex samt Wiederaufarbeitungsanlage.

Während der Ausschußsitzung hielten die Oppositionsfraktionen der SPD, Grünen und Linken Schnipkoweit ministerielle Vermerke vor, die Zweifel an der Eignung Gorlebens beschrieben. Zu einem Vermerk aus seinem Ministerium aus dem Jahr 1980, der Bedenken wegen bei Probebohrungen vorgefundener Anhydritschichten äußerte, sagte Schnipkoweit: „Das habe ich bestimmt nicht geschrieben.“ Auch an einen Vermerk vom 3. Juli 1983 könne er sich nicht erinnern, sagte er. Darin wurden Zweifel an der Sicherheit des Gorlebener Salzstocks geäußert, weil die Wissenschaftler auf Gas gestoßen waren. „Selbst wenn es so ist, heißt das nicht, daß der Salzstock ungeeignet ist“, sagte Schnipkoweit. In dem Vermerk aus dem Landeswirtschaftsministerium, abgestimmt mit Schnipkoweit's Sozialressort, ist wegen dieser Bedenken weiterhin von einer Diskussion in der Bundesregierung über mögliche andere Standorte als Gorleben die Rede. „Daran habe ich keine Erinnerung“, sagte der heute 82-Jährige.

Vor dem Ausschuß verteidigte der Minister von 1976 bis 1990 auch die Entscheidung, den Gorlebener Salzstock nach Bergrecht zu erkunden und nicht nach Atomrecht; letztes hätte die Öffentlichkeit mehr einbezogen. „Mit den Bergämtern wurden Behörden einbezogen, die etwas davon verstehen“, sagte er. „Die

Bergbehörden achten immer besonders stark auf Sicherheit.“ Zur atomrechtlichen Alternative sagte er: „Ob Öffentlichkeit immer notwendig ist, kann man auch anders sehen.“

„Die Öffentlichkeit wurde nie richtig informiert“

Kritisch dagegen hat sich ebenfalls am 27. Januar 2011 die Atomkraftgegnerin Marianne Fritzen vor dem Untersuchungsausschuß über die Informationspolitik bei der Erkundung des Standortes Gorleben geäußert. „Die Öffentlichkeit wurde nie richtig informiert“, sagte die Mitgründerin und frühere Sprecherin der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

„Schon vor der Entscheidung der Bundesregierung im Juli 1983 erfuhren wir, daß die Aufträge für die Schachtvorborehrungen bereits vergeben gewesen waren“, sagte Fritzen. Daraufhin habe die BI ihre Teilnahme an Informationsveranstaltungen mit den Behörden abgesagt.

Die heute 86-Jährige sagte: „Die Probebohrungen waren geheim, aber wir wollten informiert sein.“ Teilweise sei dies indirekt geschehen. So habe zum Beispiel der Hamburger Geschichtspräsident Helmut Bley während einer Zugfahrt im Intercity zufällig einer Diskussion im Speisewagen zugehört, in dem Vertreter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und Ministeriumsvertreter die Breite der geplanten Erkundungsschachte diskutiert hätten. „Die sollten gleich so gestaltet werden, daß man sie später auch nutzen kann“, sagte Fritzen.

Vor dem Untersuchungsausschuß versuchte dessen Vorsitzende Maria Flachsbarth (CDU) und die CDU/CSU-Fraktion Fritzens Vorwurf zu widerlegen, die Bürger seien von Anfang an nicht informiert, statt dessen vor vollen-

deten Tatsachen gestellt worden. Es habe doch Informationsstellen und Veranstaltungen gegeben, die Gorleben-Kommission und einen Bürgerdialog. „Die Gorleben-Kommission war ein Geheimbund“, erklärt daraufhin Marianne Fritzen, es hätten eben nur diejenigen Zugang gehabt, die erwünscht waren. Das Gremium wurde im Oktober 1977 gegründet und diente dem Gespräch mit Leuten vor Ort, letztlich der Schaffung von Akzeptanz, meint Fritzen. Eingeladen worden seien aber nur ausgewählte Personen aus der Kommunalpolitik, Marianne Fritzen selbst hat sich den Zutritt zu den Treffen zwei bis drei Mal ohne Erlaubnis verschafft. Ihre Schilderung bringt vieles ins Wanken, was sich die Regierung auch heute wieder als „Bürgerdialog“ auf die Fahnen schreiben möchte. Sie habe doch offensichtlich zu allen Informationen Zugang gehabt, sei wohlinformiert gewesen, habe doch mit Ministern und Fachleuten immer wieder gesprochen. Das bestätigt Fritzen zwar, stellt aber klar, dies sei nicht zu verwechseln mit einem Bürgerdialog. Sie selbst hat sich um die Gespräche intensiv bemüht, war allerdings als Vorsitzende der BI und Kommunalpolitikerin – sie hat vor Ort die Grünen mitbegründet – auch privilegiert. Echte Transparenz und Bürgerbeteiligung von Bauern und interessierten Bürgern gab es eben nicht.

Statt dessen wurden die, die sich querstellten, nach Strich und Faden überwacht. Fritzen erzählt, daß ihr Haus zeitweise von drei Seiten beobachtet wurde. Akribisch haben die Atomkraftgegner und Bauern in einer Spurendokumentation Buch geführt über die Beobachtungen durch die Polizei. Und später erzählte Marianne Fritzen noch eine beschämende Anekdote: Als der Pastor der Elbgemeinde Langendorf, ursprünglich ein Gorleben-Befürworter, sich eines

Tages in einer Informationsstelle zum Endlager informieren wollte, wurde er dort von einem Mitarbeiter herumgeführt. Vor einem Foto, auf dem Atomkraftgegner in Brokdorf zu sehen waren, hielten sie inne und der Mitarbeiter erklärte: „Die hat man auch alle vergessen zu vergessen.“ Der Pastor war entsetzt über diese Äußerung. Später entwickelte er eine zunehmend kritische Einstellung gegenüber den Plänen der Bunderegierung. Daß man den Widerstand von offizieller Seite immer wieder versuchte in eine kriminelle Ecke zu drängen, davon können viele Bürger im Wendland ein Lied singen. Ihr Vertrauen in Politiker hat Marianne Fritzen durch den Jahrzehnte währenden Konflikt rund um das vorgebliche Erkundungsbergwerk in Gorleben verloren.

hib – heute im bundestag Nrn. 38 und 39 v. 27. und 28.01.2011.
MdB Dorothee Menzner, Die Linke, Newsletter PUA Gorleben vom 28.01.2011. ●

Atom Müll

„Lockgesang“

Bundesumweltminister Röttgen hat jetzt auf einer CDU-Klausurtagung in Walsrode angekündigt, daß die „Sicherheitsprüfung“ für ein Endlager im Salzstock Gorleben schon in weniger als zwei Jahren beendet sein könnte. Die „Experten“ dafür hat er ausgesucht: Gutachter, die seit vielen Jahren Gorleben als Endlager befürworten. Vorher hatte der Minister im Dialog mit der Atomindustrie eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen. Die Versuche der betroffenen Bevölkerung, mit Herrn Röttgen ins Gespräch zu kommen, hat er dagegen ausgeschlagen, erklären die Bäuerliche Notgemeinschaft und die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Der Minister hat entschieden, daß die

Menge des hochradioaktiven Atommülls noch einmal um mindestens ein Drittel erhöht werden darf. Er hat entschieden, daß für es die Endlagerung dieses Mülls keine neue Standortsuche gibt. Er hat entschieden, allein den Salzstock in Gorleben zu untersuchen – alternativlos. Und daß er für diese Arbeiten auf alte juristische Grundlagen zurückgreift. Die Bäuerliche Notgemeinschaft ist davon überzeugt, daß der Jurist Röttgen wußte weshalb: Mit dem uralten Rahmenbetriebsplan kann er die Mitspracherechte der betroffenen Bevölkerung aushebeln, die heutigen Rechtsvorschriften hätten dies nicht mehr zugelassen.

Für den Februar hat Röttgen seinen neuerlichen Besuch in Lüchow-Dannenberg angekündigt. Und am vorletzten Wochenende des Monats Januar nun sagte Röttgen, die Bevölkerung des Kreises Lüchow-Dannenberg solle über die Fragestellungen der Untersuchungen „mitentscheiden“ dürfen. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hält dieses Angebot für eine Leimrute. Sie ist davon überzeugt, daß der Jurist Röttgen genau weiß, was er tut: Eine Dialog-Inszenierung solle seine atompolitischen Entscheidungen nachträglich legitimieren. ●

Uranbergbau-Altlasten

Die Wismut-Sanierung dauert mindestens noch 30 Jahre

Entgegen ursprünglichen Plänen wird die Altlastensanierung des einstigen Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen offenbar noch mindestens bis zum Jahr 2040 andauern. Die Mammutaufgabe werde weder 2015 noch 2020 abge-

schlossen sein, erklärte der technische Geschäftsführer der Wismut GmbH, Stefan Mann, gegenüber der Freien Presse.

Bisher ist die Altlastensanierung erst zu etwa 80 Prozent abgeschlossen. Dabei sind in das Sanierungsprojekt der bundeseigenen Wismut GmbH bisher bereits 5,4 Milliarden Euro investiert worden. Das hatte Unternehmenssprecher Frank Wolf am 23. Dezember 2010 erklärt. Allein im Jahr 2010 habe das Unternehmen 145 Millionen Euro verbaut. In die Wismut-Sanierung wollte der Bund bisher insgesamt 6,4 Milliarden Euro investieren, was nicht bis 2040 reichen wird.

Am weitesten vorangeschritten seien die Arbeiten unter Tage. Als Sorgenkind bezeichnete Wolf den sächsischen Altstandort Königstein, wo die Endphase der Grubenflutung noch bevorstehe. Die sensible natürliche Umgebung

Atomforschung

Der Forschungsreaktor der TU München soll noch mindestens bis 2018 mit atomwaffenfähigem Uran betrieben werden

Die Bemühungen zur Umstellung auf mittel angereichertes Uran seien trotzdem seriös, meint die Bundesregierung.

Der Stand von Wissenschaft und Technik in der Entwicklung hochdichter Brennstoffe für den Einsatz in Hochleistungsforschungsreaktoren werde jährlich in den beiden Konferenz-Serien Research Reactor Fuel Management (RRFM) und Reduced Enrichment for Research and Test Reactors (RERTR) erörtert und die Bundesregierung zweifle auch nicht an der Seriosität solcher Forschungsar-

beiten. Das versichert die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/4347 vom 28.12.2010) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Demgemäß werde erwartet, daß bis 2016 die Qualifikation hochdichter Brennstoffe mittlerer Anreicherung für den Einsatz in Hochleistungsforschungsreaktoren abgeschlossen ist. Nach Qualifikation dieses Brennstoffes seien dann noch

und ein dauerhafter Grundwasserschutz machten dort besondere Vorkehrungen erforderlich. Zudem habe nach den hohen Niederschlägen an allen Standorten deutlich mehr kontaminiertes Wasser gereinigt werden müssen.

Für 2011 hat das Sanierungsunternehmen nach eigenen Angaben einen Etat von 139 Millionen Euro zur Verfügung. Für fünf Millionen Euro soll die Anlage zur Wasserreinigung im thüringischen Ronneburg erweitert werden. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Sanierung der Schlammteiche unter anderem in Culmitzsch.

Von 1946 bis 1990 wurde in Ostthüringen und Sachsen Uran für die sowjetische Rüstungs- und Atomindustrie erkundet und gefördert. Dabei entwickelte sich die DDR zum weltweit drittgrößten Produzenten von Uranerz. Der Abbau erfolgte ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt. ●